

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

**AKTE 800**

**ANFANG**

B<sup>v</sup> 18

# REGISTRATUR 4

Bleichen - Stiftung

Ot:

vom

Jahrgang

bis

Name:

## GESCHLOSSEN

Bleichen - Stiftung

Lv. 1.

1926 - 1928

HENJON  
X  
Nr. 1576

800



Preussische Akademie der Künste

Berlin W 8, den 27. Februar 1923  
Pariser - Platz 4

Aus den Barbeständen der einzelnen Stiftungen sind durch Vermittlung der Preussischen Staatsbank ( Seehandlung ) für nominell 21 700,- GM 7% Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn - Gesellschaft Serie V zum Kurse von  $93\frac{1}{2}\%$  franko Stückzinsen gezeichnet worden. Hierfür sind von der Vermittlungsstelle lt. Abrechnung einschl. 30,50 RM Börsenumsatzsteuer 20 320,- RM Ankaufskosten berechnet worden.

Nach der anliegenden Aufstellung entfällt von dem Gesamt-Nominal betrage auf die ~~am~~ .P.l.e.c.h.e.n.-S.t.i.f.f.u.n.g... Fonds 1... nominell ... 1.100,- GM  
in Worten: E.i.n.t.a.u.s.e.n.d.e.i.n.h.u.n.d.e.r.t.-G.o.l.d.m.a.r.k  
und auf die Gesamtankaufskosten der Betrag von

..... 1.030,05 RM

in Worten: .E.i.n.t.a.u.s.e.n.d.u.n.d.d.r.e.i.s.s.i.g.-R.e.i.c.h.s mark

Die Kasse wird angewiesen für das Rechnungsjahr 1927 beim Fonds 1) den auf die Stiftung entfallenden Nominalbetrag beim Kapital in Zugang zu bringen und die fälligen Zinsen daselbst zu vereinnahmen sowie 2) die Ankaufskosten gehörigen Orts in Ausgabe nachzuweisen.

Das Dokumentenverzeichnis ist zu vervollständigen.

Der Präsident  
Im Auftrage

An die Kasse

der Preussischen Akademie  
der Künste

Berlin



V e r t e i l u n g

Der durch Vermittlung der Preussischen Staatsbank ( Seehandlung ) an-  
gekauften nominell 21700,-GM 7% Vorzugsaktien der Deutschen Reichs-  
bahn - Gesellschaft Serie V und der dafür von der Preussischen Staats-  
bank (Seehandlung) berechneten Gesamtankaufskosten von 20 320,-RM

Bezeichnung der Stiftungen	Nominal = betrag	Ankaufs= kosten
<u>Blochen -S t i f t u n g</u>	1 100,-GM	1 030,05 RM
H o l f f t - "	2 800,- "	2 621,95 "
Jubiläums -Präsidialfonds	4 400,- "	4 120,15 "
E n d e 's c h e r "	1 100,- "	1 030,05 "
S c h m i d t -Möhlisen	3 000,- "	2 809,20 "
F i s c h e r - "	200,- "	187,30 "
E. W e n t z e l -Höckmann fürbildende Künstler	1 100,- "	1 030,05 "
L i e b e r m a n n "	5 500,- "	5 150,20 "
H. S t u t t m e i s t e r "	200,- "	187,30 "
J. S t u t t m e i s t e r "	2 300,- "	2 153,75 "
Zusammen:	21 700,- GM	20 320,- RM

Für die Richtigkeit der Gesamtsumme und  
der Einzelsummen nach den Zeichnungsanträgen  
Berlin, den 27. Februar 1928

*[Signature]*  
R e i c h s m e i s t e r



# Zeichnung

auf  
nom. Goldmark 100 Millionen Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft  
Serie V, ausgegeben am 1. Februar 1928,  
in Zertifikaten der Reichsbank, Gruppe II.

*Handwritten:* Karl Rippert 181

An

die **Preussische Staatsbank**  
(Seehandlung)

**Berlin W 56**  
Markgrafenstraße 38

Auf Grund der <sup>mit</sup><sub>uns</sub> bekannten Zeichnungsbedingungen zeichnen <sup>ich</sup><sub>wir</sub> von den in  
Zertifikaten der Reichsbank zur Zeichnung aufgelegten

## Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

nominal ..... Goldmark freie Stücke

nominal 1.100 Goldmark Stücke mit 6 monatiger Sperrverpflichtung

und verpflichten <sup>mich</sup><sub>uns</sub> demgemäß zu deren Abnahme oder zur Abnahme des <sup>wir</sup><sub>uns</sub> auf Grund  
dieser Zeichnung zuzuteilenden geringeren Betrages.

*Ich* <sup>Wir</sup> bitten um Zuteilung von auf eigene Weise

..... Stücken à G.M. 10000

..... " " " 1000

..... " " " 500

..... " " " 200

*Handwritten:* den 16. Februar 1928.

Name: *Handwritten:* v. Krav.

Wohnort: *Handwritten:* MR

*Handwritten:* B. 18

*Handwritten:* Handwritten signature



Deutsche Staatsbank

(Geldhandlung)

Berlin W 56

Anlage

## Ausgabe

von Goldmark 125 Millionen reichsmündelfähiger Vorzugsaktien Serie V  
der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in  
Inhaber-Zertifikaten der Reichsbank Gruppe II  
mit vom Reich garantierter 7% Vorzugsdividende ab 1. Januar 1928,

von denen

Goldmark 100 Millionen Zertifikate

jetzt zur Zeichnung aufgelegt werden

(Eine Goldmark gleich dem Gegenwert von  $\frac{1}{2790}$  kg Feingold)

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist auf Grund des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924 (RGBl. II, S. 272) am 11. Oktober 1924 errichtet. Sie ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und steht nach Maßgabe der §§ 31 ff. des Reichsbahngesetzes unter der Aufsicht der Reichsregierung. Das der Gesellschaft vom Reich übertragene ausschließliche Recht zum Betrieb der Reichseisenbahnen endet am 31. Dezember 1964, vorausgesetzt, daß alsdann sämtliche Reparationsschuldverschreibungen und sämtliche Vorzugsaktien getilgt, zurückgekauft oder eingezogen sind. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist keine Aktiengesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuches, jedoch ist die finanzielle Gestaltung der bei Aktiengesellschaften üblichen nachgebildet.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 15 Milliarden Goldmark, wovon

auf die Vorzugsaktien . . .	2 Milliarden GM
auf die Stammaktien . . .	13 Milliarden GM

entfallen.

Die Vorzugsaktien werden in verschiedenen Serien ausgegeben, die mit verschiedenen Rechten ausgestattet sein können (§ 4 [2] der Gesellschaftssatzung). Von den Vorzugsaktien sind 1,5 Milliarden GM bestimmt zur Kapitalbeschaffung für werbende Anlagen der Gesellschaft (neue Linien usw.).

Die Stammaktien werden auf den Namen des Deutschen Reichs oder auf Verlangen der Reichsregierung auf den Namen eines deutschen Landes ausgestellt.

Die Gesellschaft ist mit Reparationsschuldverschreibungen in Höhe von 11 Milliarden GM belastet. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Schuld sind feste Jahresleistungen vorgesehen, die sich für das erste Reparationsjahr, d. h. für die Zeit vom 1. September 1924 bis 31. August 1925 auf 200 Millionen GM, für das zweite Jahr auf 595 Millionen GM, für das dritte Jahr auf 550 Millionen GM stellen und vom vierten Jahr ab 660 Millionen GM betragen.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist das größte Betriebsunternehmen der Welt. Ihr Eisenbahnnetz einschließlich der Bahnhofsanlagen besitzt eine Ausdehnung von 53 000 km. Die zahlreichen Stationen — ihre Zahl beträgt 11 760 — sind neuzeitlich ausgestattet und unterhalten; die Gleisanlagen und die Betriebseinrichtungen, insbesondere das Sicherungswesen, sind unter Benützung aller Erfahrungen auf dem Gebiete moderner Eisenbahntechnik ausgebaut. Es steht ein Fuhrpark von 26 000 Lokomotiven und Triebwagen, 63 000 Personenzugwagen, 21 000 Gepäckwagen, 670 000 Güterwagen zur Verfügung.

An baulichen Anlagen sind außer den zahlreichen Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.) 107 000 Wohnungen für das Personal, 105 Kraftwerke, 43 Gasanstalten, 1157 Wasserwerke, 1978 Lokomotivschuppen vorhanden.



Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft sollen innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht werden. Im Geschäftsjahr 1926, welches die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1926 umfaßt, stellten sich

die Betriebseinnahmen

a) aus dem Personenverkehr auf	1,320 Milliarden RM	
b) " " Güterverkehr auf	2,830 " "	
c) " sonstigen Einnahmequellen auf	0,390 " "	4,540 Milliarden RM

die Betriebsausgaben

a) persönliche auf	2,011 Milliarden RM	
b) sächliche auf	1,212 " "	
c) Ausgaben für Erneuerung der Reichsbahnanlagen auf	0,457 " "	3,680 Milliarden RM

Mithin Betriebsüberschuß rund 0,860 Milliarden RM

der nach der Bilanz wie folgt Verwendung gefunden hat:

574 Millionen RM für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen,	
91 " " als Zuweisung zur gesetzlichen Ausgleichsrücklage,	
140 " " für Abschreibungen und Rückstellungen,	
55 " " als Reingewinn.	

Von diesem Reingewinn sind 40 Millionen RM als Dividende für die bis zum Ende des Geschäftsjahres 1926 ausgegebenen Vorzugsaktien verteilt und 15 Millionen RM auf neue Rechnung vorgetragen worden, so daß der Vortrag für 1927 — einschließlich des Vortrages aus 1925 in Höhe von 153 Millionen RM — rund 168 Millionen RM betrug.

Der Verkehr bei der Reichsbahn hat sich auch im Geschäftsjahr 1927 weiterhin günstig entwickelt. Die Leistungen an Personenkilometern stiegen von rund 43 Milliarden im Geschäftsjahr 1926 nach dem vorläufigen Ergebnis auf 45,18 Milliarden im Geschäftsjahr 1927, die Leistungen an Gütertonnenkilometern von 64,8 auf 74,2 Milliarden.

Das finanzielle Ergebnis des Geschäftsjahres 1927 liegt noch nicht fest. Die etwas über 5 Milliarden RM betragende Einnahme deckt alle erforderlichen Ausgaben und Rückstellungen. Es ist eine durchaus befriedigende Bilanz zu erwarten.

Von den Vorzugsaktien der Gesellschaft sind bisher 881 Millionen GM (Serie I, II, III, IV) ausgegeben worden, so daß zurzeit noch 1119 Millionen GM unbegeben sind. Von diesem Betrage beabsichtigt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft jetzt zur Beschaffung von Geldmitteln für den Ausbau von werbenden Anlagen der Reichsbahn (Fortführung der Elektrifizierung, Verstärkung der Brücken, Ausbau von Bahnhöfen und Werkstätten) eine Serie von 125 Millionen GM (Serie V) auszugeben. Hiervon werden 100 Millionen GM zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und der Rest, der bis zum Ende dieses Jahres gesperrt ist, zur anderweitigen Verfügung der Reichsbahn zurückgehalten.

Die Vorzugsaktien lauten auf den Inhaber. Sie gewähren den Anspruch auf Kapitalrückzahlung spätestens bei Ablauf des Betriebsrechtes sowie auf eine Vorzugsdividende, die für die Serie V auf 7% bemessen ist. Im Falle einer weiteren Verteilung eines Reingewinns gemäß § 25 (2) Ziffer 4 c der Gesellschaftssatzung wird  $\frac{1}{3}$  auf die 2 Milliarden GM Vorzugsaktien als Zusatzdividende und  $\frac{2}{3}$  auf die Stammaktien ausgeschüttet. Da das Stammaktienkapital 13 Milliarden GM und das Vorzugsaktienkapital 2 Milliarden GM beträgt, würde die Ausschüttung einer Dividende von 1% an die Stammaktionäre die gleichzeitige Verteilung einer Zusatzdividende von  $3\frac{1}{3}\%$  auf 2 Milliarden GM Vorzugsaktien zur Folge haben. Die auf den nicht begebenen Teil von 2 Milliarden GM Vorzugsaktien entfallende Zusatzdividende wächst den Stammaktien zu.

Auf die Vorzugsdividende von 7% wird am 2. Januar jedes Jahres eine Abschlagszahlung von  $3\frac{1}{2}\%$  des Nennbetrages der Stücke in Reichsmark geleistet. Die Zahlung der Restdividende erfolgt am dritten Tage nach Genehmigung der Bilanz durch den Verwaltungsrat. Hierbei wird der Goldmarkbetrag der gesamten Dividende in Reichsmark umgerechnet und von diesem Betrage die in Reichsmark gezahlte Abschlagsdividende in Abzug gebracht. (Eine Goldmark ist gleich dem Gegenwert von  $\frac{1}{2000}$  kg Feingold. Dieser Gegenwert wird errechnet nach dem am dritten Werktag — oder falls an diesem Tage kein amtlicher Goldpreis veröffentlicht wird, nach dem zuletzt vor dem dritten Werktag — vor der Sitzung des Verwaltungsrats amtlich bekanntgegebenen Londoner Goldpreise und dem Mittelfkurs der an diesem Tage an der Berliner Börse erfolgten amtlichen Notierung für Auszahlung London. Ergibt sich aus dieser Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis von nicht mehr als RM 2820 und nicht weniger als RM 2760, so ist für jede geschuldete Goldmark eine Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen.)

Das Deutsche Reich hat sich gegenüber den Aktionären der Serie V verpflichtet, die Zahlung der Vorzugsdividende von 7% zu garantieren. Die Reichsregierung hat ihre nach

§ 4 (2) der Gesellschaftssatzung erforderliche Genehmigung zu der Begebung der Vorzugsaktien der Serie V unter Nennwert erteilt. Für den Fall einer Erhöhung des Dividenden-Steuerabzuges über 10% hat sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft verpflichtet, für diejenigen Vorzugsaktionäre, denen der Abzug bei der Steuerzahlung nicht angerechnet wird, den über 10% hinausgehenden Betrag selbst zu tragen.

Die Vorzugsaktien jeder Serie können vom Beginn des 16. Jahres nach ihrer Ausgabe ab ganz oder zum Teil eingezogen werden. Sollten jedoch alle Reparationsschuldverschreibungen in einer kürzeren Frist getilgt oder zurückgekauft sein, so kann die Gesellschaft auch sogleich die Vorzugsaktien einziehen.

Bei Einziehung der Vorzugsaktien vor dem 11. Oktober 1959 wird ein erhöhter Einlösungskurs gewährt, und zwar beträgt der Einlösungskurs bei Einziehung vor Ablauf des 25. Jahres nach dem Übergang des Betriebsrechtes an die Gesellschaft (also vor dem 11. Oktober 1949) 20% über den Nennwert, bei Einziehung vom 26. bis 35. Jahre nach dem Übergang des Betriebsrechtes (also in der Zeit vom 11. Oktober 1949 bis 10. Oktober 1959) 10% über den Nennwert; nach dem 35. Jahre (also nach dem 10. Oktober 1959) erfolgt die Einziehung zum Nennwert. Die Reichsregierung kann verlangen, daß die Gesellschaft von ihrem Rechte der Einziehung unter Beachtung der vorstehenden Bestimmungen Gebrauch macht, wenn das Reich ihr die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

Die Einlösung der aufgerufenen Stücke kann jeweilig nur zum 1. Juli eines jeden Jahres vorgenommen werden. Die Einlösung erfolgt in Goldmark unter Berechnung des Gegenwertes in Reichsmark nach dem für die Auszahlung der Restdividende vorgesehenen Verfahren, wobei die am dritten Werktag vor der Einlösung erfolgende Notierung der in Frage kommenden Kurse zugrunde gelegt wird (siehe oben). Der Aufruf der einzulösenden Stücke muß mindestens  $\frac{1}{2}$  Jahr vor der Einlösung bekannt gemacht werden. Die Aktionäre haben für das Geschäftsjahr, in dem die Einlösung erfolgt, keinen Anspruch auf Dividende oder Zinsen.

Die Dividenden Scheine und die zur Rückzahlung aufgerufenen Vorzugsaktien sind zahlbar bei der Reichshauptbank in Berlin und bei der Zentralkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin.

Die Reichsbank übernimmt als Treuhänder die Verwaltung und Verwahrung der Vorzugsaktien Serie V und gibt dafür auf den Inhaber ausgestellte, über den zweifachen, fünffachen, zehnfachen, hundertfachen Betrag einer Vorzugsaktie von 100,— GM lautende Zertifikate über 200,— GM, 500,— GM, 1000,— GM, 10 000,— GM mit Dividendenbezugs Scheinen aus.

Die Vorzugsdividenden und etwaigen Zusatzdividenden (vermindert um den Steuerabzug) sowie die Rückzahlungsbeträge, welche auf die durch die Zertifikate vertretenen Aktien entfallen, werden von der Reichsbank erhoben und an die Zertifikatinhaber durch die unten genannten Zahlstellen unverzüglich ausbezahlt. Außer diesen Rechten auf Dividende, Zusatzdividende und Rückzahlung steht den Inhabern der Vorzugsaktien lediglich das Recht zur Wahl für den Verwaltungsrat gemäß § 11, Ziffer 3 der Satzung zu. Dieses Recht wird für die bei der Reichsbank niedergelegten Vorzugsaktien durch den jeweiligen Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reichs, der an Weisungen der Deponenten nicht gebunden ist, ausgeübt. Die Inhaber der Zertifikate sind jederzeit berechtigt, ihre Aktien bei der Reichshauptbank in Berlin gegen Rückgabe der Zertifikate innerhalb der üblichen Geschäftsstunden am Schalter in Empfang zu nehmen.

Die Dividendenbezugs Scheine und die Zertifikate über zur Rückzahlung aufgerufene Stücke sind zahlbar bei der Reichshauptbank in Berlin und sämtlichen mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbankanstalten, bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), bei sämtlichen Mitgliedern des unterzeichneten Konsortiums einschließlich ihrer Niederlassungen, bei der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft in Berlin, bei der Zentralkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin und bei den größeren Kassen der Reichsbahn-Direktionen.

Die Zertifikate können im Lombardverkehr mit der Reichsbank unter den Bedingungen des § 21 Ziffer 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 beliehen werden und sind auch im Lombardverkehr der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) als Deckung zugelassen.

Die Erklärung der Reichsmündelsicherheit der Vorzugsaktien und der Zertifikate durch den Reichsrat ist beantragt.

Zum Handel an den deutschen Börsen werden lediglich die Zertifikate eingeführt werden.



## Bedingungen

Durch die unterzeichneten Bankfirmen gelangen hiermit die vorstehend bezeichneten Zertifikate der Reichsbank Gruppe II über nominal 100 Millionen GM Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Serie V, ausgegeben am 1. Februar 1928, zur öffentlichen Zeichnung. Die Vorzugsaktien werden in Abschnitten von 100,— GM ausgefertigt. Die Zertifikate lauten über 200,—, 500,—, 1000,— und 10 000,— GM Vorzugsaktien. Der Zeichnungspreis für die mit voller Dividendenbezugsberechtigung für das Jahr 1928 ausgestatteten Zertifikate beträgt

93 1/2 % franko Stückzinsen.

Die Börsenumsatzsteuer geht zu Lasten des Zeichners.

Zeichnungen werden in der Zeit vom Mittwoch, dem 8. Februar bis einschließlich Dienstag, den 14. Februar d. J. bei den in der Anlage zu dieser Zeichnungsaufforderung genannten Bankfirmen und deren Zweigniederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Vorzeitiger Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

Die Zuteilung der Stücke auf Grund der Zeichnungen erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist und bleibt dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen.

Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit dem Interesse der anderen Zeichner verträglich erscheint.

Anmeldungen auf Stücke mit sechsmonatiger Sperrverpflichtung werden bei der Zuteilung vorzugsweise berücksichtigt werden.

Ein Anspruch auf Zuteilung kann aus etwa vorzeitig eingezahlten Beträgen nicht hergeleitet werden.

Die Bezahlung der zugeteilten Stücke hat in der Zeit

bis zum 29. Februar 1928 mit . . . 40 % franko Zinsen

" " 31. März 1928 mit weiteren 30 % } zuzüglich 7 % Geldzinsen ab

" " 30. April 1928 mit restlichen 30 % } 1. März d. J. bis zum Zahlungstage

bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen. Jederzeitige Vollzahlung und frühere Teilzahlungen (letztere nur auf durch 100 teilbare Nennbeträge) sind zulässig; bei allen Zahlungen nach dem 29. Februar d. J. werden 7 % Geldzinsen, wie oben angegeben, berechnet.

Die Zeichner erhalten zunächst Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe später die Ausgabe der Zertifikate erfolgt.

Die Einführung der Zertifikate an den deutschen Hauptbörsenplätzen wird alsbald nach ihrem Erscheinen veranlaßt werden.

Den 5. Februar 1928.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Weimar.

Reichsbank.

Preussische Staatsbank  
(Seehandlung).

Berliner Handels-Gesellschaft.

S. Bleichröder.

Commerz- und Privat-Bank  
Aktiengesellschaft.

Darmstädter und Nationalbank  
Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Delbrück Schickler & Co.

Deutsche Bank.

Deutsche Girozentrale

Deutsche Landesbankenzentrale  
A. G.

— Deutsche Kommunalbank —.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Dresdner Bank.

J. Dreyfus & Co.

Hardy & Co.

F. W. Krause & Co. Bankgeschäft  
Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Mendelssohn & Co. Mitteldeutsche Creditbank.

Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Braunschweigische Staatsbank E. Heilmann.  
(Leihhausanstalt).

Gebr. Arnhold. Sächsische Staatsbank.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.

Simon Hirschland.

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Gebrüder Bethmann. Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank.

Deutsche Vereinsbank  
Kommanditgesellschaft a. Aktien.

Lincoln Meny Oppenheimer.

Lazard Speyer-Elissen.

Jacob S. H. Stern.

L. Behrens & Söhne.

Norddeutsche Bank in Hamburg.

Bereinsbank in Hamburg.

M. M. Warburg & Co.

Veit L. Homburger.

Straus & Co.

A. Levy.

Sal. Oppenheim jr. & Cie.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G.

J. H. Stein.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Rheinische Creditbank.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G.

H. Aufhäuser.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Bayerische Staatsbank.

Bayerische Vereinsbank.

Merck, Find & Co.

Anton Kohn.

Thüringische Staatsbank.

## Schuldenverwaltung

— Schuldbuch —

to: Abt. V Nr. 13957

bei Eingaben ist die Kontenbezeichnung  
anzugeben

Berlin SW 68, den 28. Januar 1928.  
Dramienstraße 106—109  
Fernruf: Dönhofs 4500—4505

K. Akademie der Künste Berlin

100176 · 11. FEB. 1928

An

Ein Akademiker der Künste

Berlin 1928.

Friedrich Platz 4.

## Benachrichtigung

Verb. in dem deutschen Reichsschuldbuch auf obenbezeichnetem Konto des Flecken'schen  
Kfistung von der Akademie der Künste in Berlin

eingetragene Auslosungsrecht über 200 RM Pf., und zwar:

Buchstabe	Gruppe	Nr.	über	Pf.
E	8	44649	200 RM	Pf.
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"

ist am 10.10.27. gezogen worden.

Infolge der Auslosung sind heute von obigem Konto 200 RM Pf. Anleiheablösungs-

schild und Auslosungsrecht abgeschrieben worden, jedoch der zu 10 RM/3 des Kontos min.

nur noch 10 RM

eingetragene Betrag sich nur noch auf

437 RM 50 Pf. Anleiheablösungsschuld und

437 RM 50 Pf. Auslosungsrecht

ersucht. Winkler.

Vordruck Nr. 151 f (Teill. mit Änderung des Beschr.-Verf. für Pfandgl. usw.)

B 18



Zur Zahlung des Einlösungsbetrages an  
bedarf es

wir geben anheim, mit de

De... wir entsprechende Mitteilung gemacht haben, in Verbindung zu treten.

Der Einlösungsbetrag setzt sich zusammen aus dem fünffachen Nennbetrag des Auslosungsrechts  
nebst 4 1/2 vom Hundert Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1927 von den Zinsen  
wird die Kapitalertragsteuer — 10 vom Hundert — in Abzug gebracht. *Von Lotterie ist auf  
des Postsparkonto Berlin 145 55 der Kasse der Akademie  
der Künste in Berlin mit 1081- RM. für die gesamte  
Geldsumme bereits überwiesen worden.*

Reichsschuldenverwaltung



Beglaubigt:

Finanzsekretär

Einlagehauptkasse:

Berlin, den 30. XII. 1927

Betrifft:

ge über den Eingang von Einnahmen,  
von Einziehung eine Kassenanweisung  
nicht vorliegt.

31. DEZ. 1927

Von der Reichsschuldenverwaltung

in Berlin

sind als

Erlös der Auslösung der der *Welfen 'Plan*

Stiftung gehörenden Anleihe — Ablösungsschuld

F.

~~in bar~~ Wertpapieren laut amtlicher Angabe im Postscheckwege

*1.087* RM - Pf.

eingegangen.

Wir haben den Betrag bei dem Stiftungsfonds vereinnahmt und bezw.  
bitten um Einnahmewweisung. verausgabt.

*Akademie der Künste*

Die Kasse

der Preussischen Akademie der Künste

An die Preussische Regierung

hier.

Nr. 48. Anzeige über den Eingang noch nicht zur Einziehung angewiesener Einnahmen.

b. w.

*Mr 176*  
*Mr, 12/28*  
*3 an der Kasse*  
*Abfluss des fängungs als*  
*Prüfung für das Dokumentenver.*  
*zinsfrei*  
*3 z. w. d.*  
*2. 12. 27*



# Preussische Akademie der Künste

Berlin, d. 8. den 30. Dezember 1927.  
Pariserplatz 4

Von der der . . . B. l. e. c. h. e. n. ' s. s. c. h. e. n. Stiftung  
gehörigen Anleihe-Ablösungsschuld sind von den dazugehörigen  
Auslosungsrechten seitens der Reichsschuldenverwaltung infolge  
Auslosung . . . 200.- RM mit . . . 1.000.- RM nebst 4 1/2 %  
Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1927  
zusammen mit 1.090.- RM  
zur Auszahlung gelangt.

Die Kasse wird angewiesen, das zurückgezahlte Kapital  
und die Zinsen von insgesamt . . . 1.090.- RM in Worten:  
**Eintausendundneunzig Reichsmark** . . .  
in der Rechnung der Stiftungsfonds bei Fonds No. 1. Titel E. III  
in Einnahme und die Kapitalertragsteuer in Höhe von . . . 9.- RM  
in Worten: **Neun Reichsmark** . . .  
bei Titel A. II. in Ausgabe nachzuweisen.

Ferner ist in der Spalte Kapitalien der Betrag der aus-  
gelosten Auslosungsrechte in Höhe von . . . 200.- RM. in Worten:  
**Zweihundert Reichsmark** . . .  
bei den Auslosungsrechten abzusetzen.

Die Dokumentenkontrolle ist zu berichtigen.

Der Präsident  
Im Auftrage

An die Kasse der Preussischen Akademie der Künste  
Berlin.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Der Wertpapiere								Der dazu gehörenden Zinscheine			Angabe Erneuerungscheine dazu gehören
Stückzahl	Zinsfuß %	Bezeichnung	Jahrgang	Reihe und Buchstabe	Nummer	Nennwert		Nummer	Fälligkeit		
						im einzelnen RM Pf.	im ganzen RM Pf.		von	bis	
		des Deutschen Reiches									
	Nr.				zu	200.-	R.M.	=		1000.-	R.
	"				"		R.M.	=		-	R.
		Zuzüglich 4 1/2 % Zinsen								1.000.-	
		für 1.1.26 - 31.XII.27					R.M.			90.-	
										1.090.-	R.
		und nach Abzug der Kapitalertragsteuer in Höhe									
		von ..... 9.- R.M. im									



gb. Nr. *fi...*Berlin W 8, den *18.5.* 192*7*..

Reichsschuldenverwaltung

Berlin S W 68, den *15.5.* 192*7*..

- Schuldbuch -

Konto : Abt. *I*... Nr. *13957*...

An die Preussische Akademie der Künste zu Berlin W 8.

## BENACHRICHTIGUNG

Dies Schriftstück ist keine Verschreibung über die Forderung; eine solche wird nicht ausgestellt. Die Rechte des Gläubigers beruhen allein auf der Eintragung im Schuldbuch. Über die Eintragung wird nur diese Benachrichtigung erteilt.

Die Markanleiheforderung *an Kasse der Preussischen Akademie der Künste* ... laut anliegender Aufstellung auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925 (R. G. Bl. I S. 137) und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen für diese ... in eine Anleiheablöschungsschuld des Deutschen Reichs über ... *637* RM *100* Pf. umgetauscht. Dieser Betrag ist im Reichsschuldbuch über die Anleiheablöschungsschuld auf dem oben bezeichneten Konto heute eingetragen worden.

Von dem gelöschten Konto der Markanleihen ist auf das neue Konto mitübertragen worden :

Behörde, welche die Verwaltung der Masse führt : Preussische Akademie der Künste.

An der Auslosung ist der Gläubiger mit folgenden im Schuldbuch eingetragenen Auslosungsrechten beteiligt :

Buchstabe	Gruppe	Nr.	zu	12 RM 100 Pf.	Stück über	12 RM 100 Pf.
<i>B</i>	<i>35</i>	<i>34/23</i>	<i>25</i>	<i>1</i>	<i>25</i>	
<i>C</i>	<i>8</i>	<i>4449/51</i>	<i>200</i>	<i>3</i>	<i>600</i>	
/						

zusammen

Stück über *637* RM *100* Pf.

Wegen Verwendung des Restbetrages und wegen der neuen Schuldverhältnisse verweisen wir auf anliegenden Druckzettel.

Reichsschuldenverwaltung

Beglaubigt

Stempel

Unterschrift

An

die Kasse der Preussischen Akademie der Künste  
Berlin W 8



Abschrift erhält die Kasse unter Beifügung der oben  
erwähnten Aufstellung mit der Anweisung, d. 2% Honnabtrag...  
der Markanleiheforderung von zusammen

..... 25.77. PM

buchstäblich *MP* .....  
bei den Kapitalien abzusetzen und dafür die Anleihe - Ablö-  
sungsschuld mit

..... 637.50. RM

buchstäblich *MP* .....  
sowie unter neuer Nummer das gewährte Auslosungsrecht mit

..... 637.50. RM

buchstäblich *MP* .....  
in Zugang zu bringen.

Dieses Schreiben gilt gleichzeitig als Depotquittung.

Die Dokumentenkontrolle und das Handbuch sind zu *richtigen*.  
*13.10.1914*

Ueber die Verwendung des verbleibenden Spitzenbetrags von 200. PM ergeht besondere Anweisung.

Der Präsident

Im Auftrage





# Reichsschuldenverwaltung

— Schuldbuch —

Konto: Abt. V Nr. 13957

Bei Eingaben ist die Kontenbezeichnung anzugeben

Berlin SW 68, den 5. Mai 1927  
Oranienstraße 106—109  
Telefon: Dönhofs 4500—4505

An  
Hrn. Administrator  
der Kasse  
Berlin W. 8  
Königsplatz 4

K.A. 0711-11-11

## Benachrichtigung

Dies Schriftstück ist keine Verschreibung über die Forderung; eine solche wird nicht ausgestellt.  
Die Rechte des Gläubigers beruhen allein auf der Eintragung im Schuldbuch.  
Über die Eintragung wird nur diese Benachrichtigung erteilt.

Die Markanleiheforderung der Plecken gegen Kasse bei  
Hrn. Administrator der Kasse in Berlin, ist

laut anliegender Aufstellung auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925  
(R. G. Bl. I S. 137) und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen für Kasse in eine Anleihe-  
ablösungsschuld des Deutschen Reichs über 637 RM 50 Pf. umgetauscht. Dieser Betrag ist  
im Reichsschuldbuch über die Anleiheablösungsschuld auf dem obenbezeichneten Konto heute eingetragen worden.

Von dem gelöschten Kont. V der Markanleihe ist in der Annahme Ihres Einverständnisses auf  
das neue Konto mitübertragen worden:

als Zweite Person, welche nach dem Tode des Gläubigers der Reichsschuldenverwaltung gegenüber  
die Gläubigerrechte auszuüben befugt ist: Kasse nach der Verantwortung  
der Kasse führt: Administrator

Die Eintragung einer zweiten Person  
bezieht sich auf das ganze Konto, also  
ohne weiteres auch auf alle diesem  
Konto zuzurechnenden Beträge.



An der Auslosung *ist der Gläubiger* mit folgenden im Schuldbuch  
eingetragenen Auslosungsrechten beteiligt:

Buchstabe	Gruppe	Nr.	zu	12 R.M. 50 Pf.	1 Stück über	12 R.M. 50 Pf.
<i>A</i>	<i>21</i>	<i>46539</i>	<i>zu</i>	<i>12</i>	<i>1</i>	<i>12</i>
<i>B</i>	<i>35</i>	<i>34123</i>		<i>25</i>	<i>1</i>	<i>25</i>
<i>C</i>	<i>8</i>	<i>44649/81</i>		<i>100</i>	<i>3</i>	<i>600</i>
zusammen ....				<i>5</i>	<i>Stück über</i>	<i>637 R.M. 50 Pf.</i>

Falls die Personal- oder Wohnungsverhältnisse nicht mehr zutreffend sind, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung zu obigem Kontenzeichen, Postkarte genügt.

Der »Zweiten Person« wollen Sie von der erfolgten Umschreibung gefälligst Kenntnis geben.

Wegen der neuen Schulverhältnisse verweisen wir auf anliegenden Druckzettel.

Wegen ~~Veränderung~~ des ~~Zinsbetrages~~ und wegen der neuen Schulverhältnisse verweisen wir auf anliegenden Druckzettel.

Reichsschuldenverwaltung



Beglaubigt:

*[Signature]*

9224. 26. 11a 2

## I. Umtausch der Markanleihen.

Der Umtausch der Markanleihen des Reichs (§ 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1925 [R. G. Bl. I S. 137]) in Anleiheablösungsschuld erfolgt in der Weise, daß für je 750 M der Sparprämienanleihe und im allgemeinen für je 500 M der übrigen Anleihen 12,50 R.M. (Reichsmark) Anleiheablösungsschuld gewährt werden; dieser Betrag stellt den kleinsten Wertabschnitt der Anleiheablösungsschuld und damit die kleinste in das Reichsschuldbuch der Anleiheablösungsschuld einzutragende Forderung dar. Nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes kann eine Verzinsung der Anleiheablösungsschuld bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen nicht gefordert werden.

## II. Was kann mit Schuldbuchforderungen der Markanleihen geschehen, die nicht durch 500 teilbar sind.

Über den bei dem Umtausch verbleibenden Restbetrag der Markanleihen — vgl. anl. Aufstellung — kann der Gläubiger wie folgt verfügen:

- Er kann Schulburtunden verlangen, muß aber zu diesem Zweck einen entsprechenden Antrag bei uns stellen.
- Der Restbetrag kann durch Einfindung von Schuldverschreibungen (freien Stücken) der Markanleihen auf 500 M erhöht werden, damit die Umwandlung in 12,50 R.M. Anleiheablösungsschuld und die Eintragung dieses Betrages in das Schuldbuch möglich wird.

Zur Einfindung kommen nur Schuldverschreibungen der alten Reichs- und früheren preussischen Staatsanleihen in Frage.

Nach Ablauf der Umtauschfrist abgelieferte Schuldverschreibungen der Markanleihen können als Altbesitz nicht mehr anerkannt werden.

## III. Das Recht der Auslosung.

Wer Anleiheablösungsschuld im Umtausch gegen Altbesitzanleihen erhält, hat das Recht, an der Tilgung der Anleiheablösungsschuld teilzunehmen (Auslosungsrecht). Das Auslosungsrecht wird in Höhe des Nennbetrages der Anleiheablösungsschuld gewährt, den der Gläubiger im Umtausch für seine Altbesitzanleihen erhält. Natürliche Personen erhalten folgende Auslosungsrechte: bis 12 500 R.M. Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen in voller Höhe,

für die weiteren 25 000 R.M. Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen =  $\frac{1}{2}$  des Nennbetrages,

für die weiteren 25 000 R.M. Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen =  $\frac{1}{3}$  des Nennbetrages und

für die weiteren 25 000 R.M. Anleiheablösungsschuld aus Altbesitzanleihen =  $\frac{1}{4}$  des Nennbetrages.

Ein gezogenes Auslosungsrecht wird durch Barzahlung des Fünffachen seines Nennbetrages eingelöst und der Einlösungsbetrag mit jährlich  $4\frac{1}{2}$  v. H. vom 1. Januar 1926 an bis zum Ende des Jahres, in dem das Auslosungsrecht gezogen wird, verzinst; die Zinsen werden mit dem Einlösungsbetrage gezahlt.

Von der erfolgten Ziehung der Auslosungsrechte werden die Schuldbuchgläubiger von der Reichsschuldenverwaltung benachrichtigt werden.

Vordruck Nr. 47.

2806. 26. 11a 2.



Preussische Akademie der Künste

J.Nº 1014

Berlin W8, den 30. August 1927.  
Pariser Platz 4

*Ver. u. d. Hof der in Künsten*  
Betrifft: Kulturelle Wohlfahrtsrente.  
*Gruppe der Künster, die in der*  
*der Kunst, die in der*  
*u. d. Hof*  
*Rudolfstempel.*

*VC*  
*AA*  
*J. A.*  
*Am*  
*31. Okt. 27*

Am 25. April d.Js. haben wir an den Ausschuss für soziale Wohlfahrtsrente die Anfrage gerichtet, ob für diejenigen Stiftungen der Akademie, die dazu dienen, Künstlern die Mittel zu Studienreisen oder ihrer weiteren Ausbildung im Wege eines Preisausschreibens zu verschaffen, die Bewilligung der sozialen Wohlfahrtsrente in Frage kommt. Gleichzeitig haben wir, für die Blechen-Stiftung den vorgeschriebenen Antrag eingereicht. Abschrift des Schreibens an den Ausschuss für soziale Wohlfahrtsrente fügen wir bei. Unter dem 27. Mai d. Js. hat der Ausschuss entschieden, dass die Blechen-Stiftung nicht dem Zwecke der Wohlfahrtspflege diene und daher nicht für die Gewährung der sozialen Wohlfahrtsrente in Betracht käme. Dieser Bescheid, den wir <sup>anliegend</sup> in Abschrift beifügen, wurde uns am 16. Juni d. Js. zugestellt. Eine Beschwerde gegen diesen Bescheid ist von uns an den Oberausschuss für die soziale Wohlfahrtsrente nicht eingereicht worden,

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Berlin



da dieser unseres Erachtens wohl auch keine andere Entscheidung getroffen hätte. Stiftungen, deren Zinserträge in Form von Preisen nur durch die Beteiligung an den satzungsgemäss ausgeschriebenen Wettbewerben zu erlangen sind, dienen ja tatsächlich nicht dazu, notleidenden und gefährdeten Mitbürgern Hilfe angedeihen zu lassen, Da uns in dem Bescheide des Ausschusses für soziale Wohlfahrtsrente anheimgestellt ist, für Stiftungen der genannten Art die kulturelle Wohlfahrtsrente zu beantragen, bitten wir Euer Hochwohlgeboren um geneigte Entscheidung, ob für die Stiftungen der Akademie die den gleichen Zwecken wie die Bleichen-Stiftung dienende Bewilligung der kulturellen Wohlfahrtsrente, obwohl die Einreichungsfrist bereits verstrichen ist, beantragt werden darf. >

Wir sind der Ansicht, dass die Bedingungen, die mass § 25 - 28 der dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen vom 4. Dezember 1926 an die Bewilligung der kulturellen Wohlfahrtsrente geknüpft sind, von den Stiftungen der genannten Art erfüllt werden. Die Mittel der Stiftungen sollen hauptsächlich der Förderung wissenschaftlicher Ausbildung oder Forschung dienen. Das Studium der Kunst und der Wissenschaften kann unseres Erachtens auch als wissenschaftliche Forschung im Sinne des Gesetzes angesehen werden, da es nicht der Verbreitung der Kultur oder des Wissens, sondern ihrer Erhaltung dient. Durch die Bewilligung

ste

74

stellung der erforderlichen Mittel soll jungen Künstlern die Möglichkeit gegeben werden, auf dem Gebiete der bildenden Kunst und deren Wissenschaft - sei es als Maler, Bildhauer oder Architekt - bedeutende kulturelle Leistungen hervorzubringen. Durch Reisen in die Kulturzentren des Auslandes und durch das Studium der fremden Kunst kann der junge Künstler befruchtend auf die heimische Kunst und Kunstwissenschaft wirken.

Der Präsident



W. R. Nr. 484.

IN 1012 4 - AUG 1964

gez. Dr. H o l t z .

Prilin



Der Ausschuß  
für die soziale Wohlfahrtsrente  
Nr. W.R. 484

Charlottenburg, den 27. Mai 1927

C<sup>1</sup>

## Bescheid

K. Akademie d. Künste - Berlin  
Nr. 0832 \* 16. JUN. 1927

Auf den Antrag

der Bleichen-Stiftung

in Berlin

— vertreten durch die Preussische Akademie der Künste  
in Berlin

auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente wird entschieden:

Die Voraussetzungen für die Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente liegen nicht vor.

### Gründe

Die Stiftung dient nicht Zwecken der Wohlfahrtspflege d.h. "der Sorge für notleidende oder gefährdete Mitmenschen" (§ 2 Abs. I der III. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 4.12.1926 R. G. Bl. S. 494), sondern der Fortbildung bedürftiger jüngerer Künstler, die sich der Landschaftsmalerei als Hauptberuf gewidmet haben. Die Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente kommt nicht in Betracht, ob eine kulturelle Wohlfahrtsrente bei den für diese zuständigen Stellen zu beantragen ist, muss den Antragstellern überlassen bleiben.

Gegen diesen Bescheid ist binnen einer Frist von zwei Wochen nach dem Tage der Zustellung die Beschwerde an den Oberausschuß für die soziale Wohlfahrtsrente zulässig. Die Beschwerde ist bei dem Ausschuß für die soziale Wohlfahrtsrente schriftlich oder zu Protokoll einzulegen.

gez. Lamann

gez. Dr. Ahrendts

Beglaubigt *Reinung* Reg. Inspektor





W 5 19

77

,den 25. April 1927.

Anliegend überreichen wir ergebenst einen Antrag auf Zuerkennung einer sozialen Wohlfahrtsrente für die unserer Verwaltung unterstehenden " Bleichen-Stiftung " mit der Bitte um Entscheidung ,ob für derartige Stiftungen,deren Zinserträge dazu dienen, Künstlern oder Kunststudierenden die Mittel für Studienreisen oder überhaupt zum Studium in Form von Preisen oder Stipendien zur Verfügung zu Stellen,die Zubilligung der sozialen Wohlfahrtsrente in Frage kommt. Sollte dies der Fall sein,so würden wir für ca 30 unserer Verwaltung unterstehender Stiftungen gleicher Art die vorgeschriebenen Anträge stellen.

Der Präsident

I. A.



An

den Ausschuss für die soziale Wohlfahrtsrente

C-h a r l o t t e n b u r g

Oberpräsidium

18



2x 16  
71 km. 519  
Bu V b 1989

18  
**Antrag**  
auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente.

Für jeden Antrag sind 2 Antragsformulare gleichlautend auszufüllen. Jedes ausgefüllte Formular ist zu unterschreiben.

An

den Ausschuß für die soziale Wohlfahrtsrente

in Charlottenburg  
Ober-Präsidium

Auf Grund der nachstehenden Angaben wird für die von der Preussischen Akademie  
der Künste verwalteten "Bleichen-Stiftung"  
(Name des Trägers der Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege, für den die Rente beantragt wird)

für Auslosungsrechte im Betrage von 1313 RM eine soziale Wohlfahrtsrente beantragt.

Die Satzung und ein Tätigkeitsbericht der Einrichtung der Wohlfahrtspflege sind beigelegt.

Berlin, den 25. April 1927

Preussische Akademie der Künste

Der Präsident

I. A.

*[Signature]*  
Name und Wohnung des Antragstellers (bei Vereinen, Stiftungen und anderen juristischen Personen sind Name und Sitz des Vereins usw. sowie Name, Stellung und Wohnung der beantragenden Vorstandsmitglieder anzugeben)

BMP



## Begründung

### A. Die Verhältnisse des Trägers der Wohlfahrtspflege-Einrichtung, für den die Rente beantragt wird.

Frage	Antwort
1. Name des Trägers der Einrichtung der Wohlfahrtspflege:	Pr. Akademie der Künste
2. Sitz des Trägers bzw. Ort, an dem die Verwaltung geführt wird:	Berlin
3. Rechtsstellung des Trägers (z. B. eingetragener Verein, nicht rechtsfähiger Verein, öffentlich-rechtliche Körperschaft, selbständige Stiftung):	Staatsbehörde
4. Name und Sitz der Einrichtung der Wohlfahrtspflege, deren Träger der Antragsteller ist, und der die Auslosungsrechte, für die die Rente beantragt wird, gewidmet sind:	Bleichen-Stiftung
5. Welche Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfüllt die Einrichtung zu 4?	Die Stiftung hat den Zweck
6. In welcher Weise übt die Einrichtung zu 4 die Wohlfahrtspflege aus?	bemittelten, jüngeren Künst- die sich der Landschafts- als Hauptberuf gewidmet ha-
7. Welchem Personenkreis ist die wohlfahrtspflegerische Tätigkeit der Einrichtung gewidmet?	zu einer Studienreise nach ein Stipendium als Preiss- öffentlichen Wettbewerb zu währen.
8. a) Ist die Einrichtung oder ihr Träger von einer Gebietskörperschaft oder einem sonstigen Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege (Staat, Gemeinde, Gemeindeverband, Träger der Sozialversicherung oder ähnliches) errichtet? b) Bei Bejahung von a: von wem und in welcher Weise ist die Einrichtung oder ihr Träger errichtet?	
9. Besteht das Vermögen der Einrichtung oder ihres Trägers ganz oder teilweise aus Zuwendungen, die ein Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege gemacht hat?	
10. Bei Bejahung der Fragen zu 8a oder 9: a) Von wem stammt das vorhandene Vermögen der Einrichtung oder ihres Trägers? b) Welchen Verwendungszweck hat der Zuwendende für das Vermögen bestimmt? c) 1. Wird das Vermögen im Zusammenhang mit dem Vermögen eines Trägers der öffentlichen Wohlfahrtspflege verwaltet? 2. Bei Bejahung von 1: In welcher Weise und durch welche Personen wird das Vermögen verwaltet? d) Wer entscheidet über die Anlage und die Verwendung des Vermögens?	

Frage	Antwort
11. a) Sind für die Angestellten oder Beamten der Einrichtung Gehaltszuschüsse auf Grund des § 60 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 (RGBl. I S. 494) gezahlt worden? b) Bei Bejahung von a: Standen die Beamten oder Angestellten im Dienst einer Gebietskörperschaft?	
12. a) Gehört die Einrichtung oder ihr Träger einem Reichsspitzenverband der freien Wohlfahrtspflege an? b) Bei Bejahung von a: Name des Verbandes und gegebenenfalls auch der für die Einrichtung zuständigen Zweigorganisation:	
13. a) Welcher Stelle soll die Entscheidung über den Antrag mitgeteilt werden? b) An wen soll die Rente gezahlt werden — gegebenenfalls Angabe des Postscheckkontos —?	der Pr. Akademie der Künste Kasse der Pr. Akademie der Künste Postscheckkonto Nr. 145 55
B. Angaben über den Anleihebesitz, auf Grund dessen die soziale Wohlfahrtsrente beantragt wird.	
Nur auszufüllen, falls dem Träger der Einrichtung bereits Auslosungsrechte für seine Markanleihen des Reiches zuerkannt worden sind; andernfalls vgl. Ziff. II.	
Nennbetrag der Auslosungsrechte, auf Grund deren die soziale Wohlfahrtsrente beantragt wird:	675 R. M. Rpfg.
Bezeichnung der einzelnen Auslosungsrechte nach Buchstabe, Gruppe und Nummer, bei Auslosungsrechten, die im Schuldbuch eingetragen sind, auch Angabe der Kontobezeichnung:	Buchstabe..... Gruppe..... Nr..... Schuldbuchkonto: Abt. I — Nr. 7 333
Falls die Auslosungsrechte zwar zuerkannt, aber dem Antragsteller noch nicht ausgereicht sind, ist dies unter 2 anzugeben; in diesem Falle ist die Frage zu 2 nicht zu beantworten.	
a) Wem sind die Auslosungsrechte in der Entscheidung über den Anleihebesitz zugestanden? b) Durch welche Behörde und durch welche Entscheidung sind die Auslosungsrechte zuerkannt?	der Pr. Akademie der Künste Anleihebesitzstelle in .....*) Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Bestandes.*) Reichsschuldenverwaltung.*) *) Nichtzutreffendes ist zu streichen.
Für welche Markanleihen des Reiches sind die Auslosungsrechte zuerkannt? (Angabe der Anleihegattung und des Nennbetrags, bei Schuldbuchforderungen auch Angabe der Kontobezeichnung.)	Datum der Entscheidung 26. 10. 1926 Abt. Zeichen der Entscheidung Konto V Nr. 7 333
In welcher Form waren die Markanleihen zu 4. in erkennbarer Weise, nicht nur vorübergehend, der Einrichtung am 15. Juli 1925 gewidmet?	27 000 Mark Pr. Staatsschuld Konto VI Nr. 3351
Im Antrage ist, falls die Auslosungsrechte nicht im Schuldbuch eingetragen sind, die Bescheinigung der Anleihebesitzstelle (Bank, Sparkasse o. ähnl.) oder der Schuldenverwaltung über die Zuteilung der Auslosungsscheine beizufügen. e) Auslosungsscheine selbst sind erst auf Grund besonderer Aufforderung einzusenden.	



Frage	Antwort
-------	---------

II. Nur auszufüllen, falls die Auslosungsrechte zwar beantragt, aber noch nicht zugesprochen sind.

1. Bei Besitz von Anleiheaktien (Gläubiger von Schuldbuchforderungen beantworten die Frage zu II, 2)

- Bei welcher Vermittlungsstelle (Bank, Sparkasse, Genossenschaft usw.) ist für die Altbesitzeranleihen die Gewährung von Auslosungsrechten, die die soziale Wohlfahrtsrente begründen sollen, beantragt?
- An welchem Tage ist der Antrag bei der Vermittlungsstelle eingereicht?
- Name der Anleihealtbesitzerstelle.
- Auf Grund welcher Markanleihen des Reichs und welcher Anleihebeträge sind die Auslosungsrechte, welche die soziale Wohlfahrtsrente begründen sollen, für den Anleihegläubiger beantragt?

Firma:

Ort:

Finanzamt in

M. Vorkriegs- und Kriegsanleihe des Reichs,

M. Deutsche Sparprämienanleihe

M.

- In welcher Form waren die Markanleihen zu d in erkennbarer Weise, nicht nur vorübergehend, der Einrichtung am 15. Juli 1925 gewidmet?

2. Bei Besitz von Schuldbuchforderungen:

- Auf welche Schuldbuchforderungen über Markanleihen alten Besitzes wird der Antrag auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente gegründet?

Schuldbuch (Reich, Land): Reichsschuldbuch

Anleiheart: 5 % Reichsanleihe

Nennbetrag der Forderung: 25 700

Bezeichnung des Kontos: Konto VI

- In welcher Form waren die Markanleihen zu a in erkennbarer Weise, nicht nur vorübergehend, der Einrichtung am 15. Juli 1925 gewidmet?

Zum Nachweis der Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird Bezug genommen auf

Ich versichere(n), daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Ich bin bereit, ihre Richtigkeit an Eides Statt zu versichern.

Wir sind

Berlin, den 25. April 1926

Preussische Akademie der Künste

Der Präsident

I. A.

(Unterschrift)

*Am*

© 2020

Preussische Akademie der Künste

J.-Nr. 964

*ma. 44*

*am 12. 26*

Berlin W 8, den 26. Oktober 1926  
Pariser Platz 4

Die im Staatsschuldbuch eingetragene Markanleiheforderung der

*Bleichen - Histing*

in Höhe von ..... 27.000,- RM ist auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (R.G.Blatt I S. 137) und der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen in eine Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs über

..... 675,- RM

in Worten: *pp*

umgetauscht. Dieser Betrag ist im Reichsschuldbuch über die Anleiheablösungsschuld am 26. Oktober 1926 auf Konto: Abt. V Nr. 7333 eingetragen worden. mit Anleiheablösungsschuld über 675,- RM.

Die Kasse wird angewiesen den Anleihemarkbetrag von

..... 27.000,- RM

in Worten: *pp*

in der Rechnung für 1926 beim Fonds *A*

beim Einnahmetitel 1 in Abgang zu bringen und die oben angegebene Anleiheablösungsschuld in Zugang nachzuweisen.

Der Präsident

Im Auftrage

*[Signature]*

*Im Manual mit in  
der Anleiheablösungsschuld  
mit 11.11.26*



Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

**AKTE 800**

**ENDE**